

Termine in Ihrem Wahlkreis

Di. 15. Febr. 2011	14:30 Uhr	Vortrag von Sascha Binder zum Thema „Warum SPD?“ bei der AG 55+	TV Jahn, Göppingen
Mi. 16. Febr. 2011	11:00 Uhr	Gespräch mit Katja Mast, Mitglied des Bundestages	u. a. Fahrradwerkstatt, Geislingen
Fr. 18. Febr. 2011	19:30 Uhr	Claus Schmiedel, Fraktionsvorsitzender der SPD Landtagsfraktion besucht den Wahlkreis	u. a. Hirsch, Süßen
Mo. 22. Febr. 2011	n. N.	Veranstaltung mit Peter Simon, Mitglied des Europaparlamentes	n. N.
Mi. 9. März 2011	11:00 Uhr	Politischer Aschermittwoch mit Sigmar Gabriel, SPD Bundesvorsitzender	Ludwigsburg Mitfahrgelegenheit: Kreisbüro kontaktieren
Sa. 27. März 2011	8:00 Uhr	bis 18:00 Uhr Landtagswahl	in Ihrem Wahllokal

Ausführliche Informationen zu den Veranstaltungen finden Sie auf www.saschabinder.de und in der Tagespresse.

Am 27. März aufkreuzen!

Kontakt/Impressum

SPD Kreisbüro
Sascha Binder
Kirchstraße 28
73033 Göppingen

0 71 61 -78 32 5
0 71 61 - 69 49 8

E-Mail: info@saschabinder.de
Homepage: www.saschabinder.de

Die nächste Ausgabe erscheint Ende Februar zu den Themen Bildung und Integration.



Sascha Binder

Für ein soziales und modernes Baden-Württemberg im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Gehen Sie zur Wahl und zeigen Sie mit Ihrer Stimme, dass Ihnen eine erstklassige Gesundheitsversorgung mit gerechten Beiträgen am Herzen liegt.

Eine Stimme für die SPD ist eine Stimme gegen Kopfpauschale, Vorkasse und Zuzahlungen – auch bei der Landtagswahl.

Politik im Dialog MIT DEN MENSCHEN.



Am 27. März aufkreuzen!



„WIE VIEL GESUNDHEIT kann ich mir noch leisten?“

Die unsozialste Gesundheitsreform aller Zeiten

Auch hier im Raum Geislingen sind die Menschen verunsichert, welche Auswirkungen die von der schwarz-gelben Bundesregierung in Kraft gesetzte Gesundheitsreform hat. Lesen Sie hier, warum die SPD gegen diesen Trend zur 3-Klassen-Medizin kämpft und eine gerechte Bürgerversicherung für alle fordert.

Ein gerechtes Gesundheitssystem mit einer guten und für alle Menschen bezahlbaren Versorgung ist den Bürgerinnen und Bürgern ein großes Anliegen. Im Gespräch mit Ärzten, Patienten, Pflegepersonal und Krankenkassen zeigt sich, dass die aktuelle Gesundheitspolitik auf dem falschen Weg ist.

Viele Ärzte berichten von einem steigenden Kostendruck, der es gerade in ländlichen Regionen, wie dem Wahlkreis Geislingen, immer schwieriger macht, eine Praxis wirtschaftlich zu betreiben, ohne das Wohl der Patienten aus den Augen zu verlieren. Besonders bei älteren Menschen, die oft nicht mehr mobil sind, würden die Ärzte mit Hausbesuchen vielfach draufzahlen.

Fast alle Kassenspatienten beklagen sich über die in den letzten Jahren ansteigenden Ausgaben der Krankenkassen. Zu den gestiegenen Beiträgen der Krankenkassen kamen die Praxisgebühren, Zuzahlungen bei Medika-menten und Behandlungen oder die Zusatzbeiträge bei einigen Kassen dazu. Gleichzeitig haben viele den Eindruck, die Leistungen würden eher zurückgehen. Auf Facharzt-Pflegeeinrichtungen. So berichten auch wirtschaftlichen Schäden führen.



Im Gesundheitssystem liegt einiges im Argen. Die flächendeckende Gesundheitsversorgung ist nicht mehr gesichert. Ärzte lassen sich immer weniger in ländlichen Gebieten nieder. Auch hier bei uns nehmen wir immer mehr zur Kenntnis, dass Ärzte altershalber ihre Praxis schließen. Ein Nachfolger ist allerdings nicht zu finden. Trotz vieler Anstrengungen ist es bisher nicht gelungen, dies zu ändern. Hier werde ich mich dafür einsetzen, die Zulassungen von Ärzten gleichmäßig zu verteilen und nach regionalen Gegebenheiten auszurichten.



„Keine Phrasen. Sprechen wir KLARTEXT.“

Unter einem Verkauf der Kliniken würden gerade die Beschäftigten leiden. Der Ausstieg aus Tarifverträgen wäre die Folge. Meine Kreisratsaktion und ich haben uns gegen die Einführung von Servicegesellschaften in den Kliniken zur Wehr gesetzt. Leider waren wir die einzige politische Kraft, die erhebliche Nachteile bei der Altersversorgung der Beschäftigten verhindern wollte. Für mich ist es wichtig, dass der Konsolidierungskurs nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird und sehe mich dabei als enger Partner des Betriebsrates.

Eines ist für mich klar: Beide Kliniken im Landkreis sind gerade in Baden-Württemberg nicht mehr selbstverständlich. Bei der Krankenhausfinanzierung sieht die schwarz-gelbe Landesregierung keine zwei Krankenhäuser mehr im Landkreis vor. Ich kämpfe im Kreisrat dafür, weiterhin zwei Krankenhäuser zu erhalten. Dies ist eine schwierige Aufgabe. Das Land zwingt uns zu Einschnitten, die nicht einfach sind. In anderen Landkreisen wurden bereits Krankenhäuser geschlossen oder an private Investoren verkauft.

Ich will mich im Landtag für eine bessere, zeitgemäße Krankenhausfinanzierung einsetzen.

THEMA GESUNDHEIT: Die medizinische Versorgung stärken.

Gesundheit ist in erster Linie Bundessache. Der bundespolitische Grundsatz der SPD gilt aber natürlich auch in Baden-Württemberg: Bestmögliche medizinische Versorgung ist für alle da – muss für alle da sein.

Darüber hinaus hat das Land für die Menschen hier spezielle gesundheitspolitische Entscheidungen zu treffen. Unsere Schwerpunkte: Wir machen uns stark für den Um- und Ausbau von Krankenhäusern (vor allem auf dem Land). Für eine bessere Integration behinderter Menschen. Für eine neue Servicequalität und mehr Menschlichkeit in den Pflegeheimen. Dabei ist ganz klar:

DAS THEMA GESUNDHEIT BRAUCHT VIEL MEHR AUFMERKSAMKEIT. UND GELD.

Die beste Gesundheitsversorgung nützt nichts, wenn sie nicht erreichbar ist. Das gilt vor allem jetzt, da unsere Gesellschaft immer älter wird und die Zahl der Pflegebedürftigen immer weiter wächst. Wir sind der Meinung: Jeder Mensch in Baden-Württemberg muss zu erstklassigen medizinischen Dienstleistungen in seiner Nähe Zugang haben. Eines der wichtigsten Ziele unserer Gesundheitspolitik lautet deshalb, eine ortsnahe Versorgung auf Top-Niveau zu gewährleisten. Mit allem, was dazugehört: Hausärzte, ambulante Pflege, Hebammen, Krankengymnasten, Rettungsdienste, Therapeuten, Apotheken.

Zum Prinzip der Ortsnähe gehören moderne öffentliche Krankenhäuser. Und zwar flächendeckend. Uns ist klar, dass der Um- und Neubau von Krankenhäusern vor allem im ländlichen Raum massive Investitionen erfordert. Uns ist aber ebenso klar, dass daran kein Weg vorbei geht.

GESUNDHEIT UND WAS DAFÜR GELEISTET WIRD, IST VON HÖCHSTER GESELLSCHAFTLICHER BEDEUTUNG.



Wir werden deshalb – ganz konkret – für den Krankenhausbau die notwendigen Fördermittel zur Verfügung stellen, um die ortsnahe Versorgung der Patientinnen und Patienten zu erhalten.

DIE VIELLEICHT GRÖSSTE ZUKUNFTSAUFGABE IN DER GESUNDHEITSPOLITIK LAUTET: PFLEGE-BEDÜRFTIGEN MENSCHEN EIN LEBEN IN WÜRDE UND SELBSTBESTIMMUNG ZU ERMÖGLICHEN.

Schon jetzt gibt es im Land nämlich rund 225.000 davon. Tendenz: Die Zahl wird in den nächsten 20 Jahren um 40 bis 50 % steigen. Vor diesem Hintergrund ist selbstverständlich: Vor allem Angehörige, die ihre Eltern oder Verwandten zu Hause pflegen – und sie machen 46 % der Pfleger aus –, müssen in Zukunft viel besser, nachhaltiger, konkreter unterstützt werden. Wir werden deshalb die Förderung und Hilfe im Vor- und Umfeld der privaten häuslichen Pflege deutlich aufstocken.

In den nächsten 10 Jahren wird es 10.000 neue Plätze in stationären Pflegeheimen geben müssen. Wer die Pflege als Zukunftsthema ernst nimmt, weiß, was das an Investitionen bedeutet und in was genau dringend investiert werden muss: Es gilt, Heime so zu gestalten, dass sie keine Orte der Verwahrung sind. Sondern helle, ansprechende Wohnumfelder, die eine ebenso kompetente wie liebevolle und sozial anregende Betreuung bieten. Wir sorgen dafür, dass für diese Pflege- und Heimqualitätsinitiative mindestens 63,5 Mio. Euro zur Verfügung stehen.

Was heißt das für den WAHLKREIS GEISLINGEN?

Die angespannte Finanzlage im Gesundheitswesen ist auch im Wahlkreis Geislingen bemerkbar. Zuletzt hat die geplante Schließung der Geburtshilfestation der Helfenstein Klinik für viele Diskussionen gesorgt. Dabei ist grundsätzlich zu fragen, wie lange Geislingen unter einer schwarz-gelben Landesregierung noch ein eigenes Krankenhaus besitzt.

In der Vergangenheit wurden bereits mehrere Klinikstandorte in Baden-Württemberg aus Kostengründen geschlossen. Von 2002 bis 2008 ging die Anzahl der Krankenhäuser von 325 auf 289 zurück. Für viel Zündstoff sorgte zuletzt die geplante Schließung zweier Häuser im Rems-Murr-Kreis. Droht Geislingen dasselbe Schicksal, müssen die Patienten in vielen Gemeinden des Wahlkreises einen zum Teil erheblich längeren Anfahrtsweg in Kauf nehmen.

Auch die hausärztliche Versorgung in der Fläche ist in der Zukunft keineswegs gesichert. Schon jetzt sind in Baden-Württemberg 23 % der Hausärzte älter als 60 Jahre. Ein ländlich geprägter Wahlkreis, wie Geislingen, muss künftig damit rechnen, dass Praxen auf dem Land die altershalber geschlossen werden, keinen Nachfolger finden. Und das angesichts einer immer älter werdenden Gesellschaft, die entsprechend mehr auf medizinische Betreuung angewiesen ist.

Im Landkreis Göppingen stieg die Anzahl der Menschen über 65 Jahre von 2003-2009 um 8 %, während gleichzeitig die Zahl der Allgemeinmediziner um 9 % zurückging.

Foto rechts oben: Die Helfenstein Klinik in Geislingen. Wir setzen auf ihre Zukunft.



Gut gebrüllt, Löwe!
Ein bisschen Spaß muss sein.

Guten Tag, Herr Doktor, keiner beachtet mich.

Der Nächste, bitte!



Warum SPD?

- Damit jeder Mensch in Baden-Württemberg in seiner Nähe Zugang zu einer medizinisch erstklassigen Versorgung hat.
- Um flächendeckend moderne Krankenhäuser in öffentlicher Hand zu garantieren.
- Damit eine bestmögliche Gesundheitsversorgung für alle bezahlbar wird.
- Damit auch Gewinne aus Vermögen, Zinseinkünfte usw. zur Finanzierung des Gesundheitswesens herangezogen werden und nicht nur einseitig die Einkommen aus Arbeit.
- Um das Solidarprinzip wieder einzuführen und Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen an den Gesundheitskosten zu beteiligen.
- Um zu verhindern, dass einflussreiche Interessengruppen, wie die Pharmalobby, auf Kosten der Patienten hohe Gewinne macht.
- Damit Pflege menschlicher und moderner wird.
- Um eine neue Pflegequalität in Heimen einzuführen und zu sichern.
- **Wir kämpfen für eine erstklassige Behandlung statt einer 3-Klassen-Medizin.**
- **Wir wollen eine gemeinsame Bürgerversicherung und keine Kopfpauschale.**
- **Wir sorgen für gerecht verteilte Beiträge.**



Ursula Haussmann, Gesundheits- und Suchtpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag

„Nachgefragt bei URSULA HAUSSMANN.“

Sind wir auf dem Weg zu einer 3-Klassen-Medizin?

Haussmann: Wie jeder von seinen Arztbesuchen weiß, werden gesetzlich und privat Krankenversicherte heute schon unterschiedlich behandelt. Das liegt daran, dass sich gesunde Menschen mit hohem Einkommen dem solidarischen System der gesetzlichen Krankenversicherung einfach entziehen und die privaten Versicherungen den Ärzten höhere Honorare zahlen können. Jetzt hat die schwarz-gelbe Koalition in Berlin die Möglichkeiten erleichtert, dass Ärzte ihre medizinisch notwendigen

Leistungen auch von gesetzlich Versicherten in bar abrechnen können. Gesetzlich ist niemand verpflichtet, diesen Weg der Abrechnung mit dem Arzt zu wählen; aber in der Praxis wird es so sein, dass eine neue Klasse von Versicherten entsteht und die Patienten, die die Leistung nicht bar bezahlen können, das Nachsehen haben.

Was ist die Bürgerversicherung?

Haussmann: Nach dem SPD-Modell der Bürgerversicherung müssen alle Bürgerinnen und Bürger krankenversichert sein und Beitrags-

sätze gestaffelt nach dem Einkommen zahlen. Beim Einkommen wird nicht nur das aus der Erwerbstätigkeit berücksichtigt, sondern alle Einkommensarten – auch das aus Vermögen. Bei den privaten Kassen sollen weder eine bestehende Erkrankung oder Behinderung und erst recht nicht das Geschlecht höhere Beiträge begründen, so wie das heute schon bei den gesetzlichen Krankenversicherungen der Fall ist. Die Leistungen der Ärzte und Krankenhäuser werden gleich vergütet.

Welche Vorteile haben die Menschen von einer Bürgerversicherung?

Haussmann: Es wird eher als heute ein solidarischer Ausgleich unter den Versicherten hergestellt und es sind mehr Einnahmen zu erwarten. Zwischen der privaten und der gesetzlichen Krankenversicherung wird ein fairer Wettbewerb möglich. Und kein Patient wird dem anderen vorgezogen – egal, ob er gesetzlich oder privat versichert ist.

Herzlichen Dank für das Interview.